Aus der Puktion der Ausgleichszahlung nach § 338 Abs. 3 ZPO ergeben sich u. E. auch Konsequenzen hinsichtlich der Vererblichkeit derartiger Ansprüche. Die Ausgleichszahlung soll dem Geschädigten als Äquivalent für die ihm zuteil gewordenen Beschränkungen und Beeinträchtigungen zusätzliche Annehmlichkeiten ermöglichen. Da der Erbe diesen Beschränkungen und Beeinträchtigungen nicht ausgesetzt ist, kann ihm dieses Äquivalent auch nicht zustehen. Andererseits geht ein bereits gezahlter Ausgleichsbetrag in das Eigentum des Geschädigten über und fällt, soweit er nicht verbraucht worden ist, beim Tode des Geschädigten direkt oder wertmäßig in den Nachlaß. Das gleiche trifft beim Tode des Geschädigten für den noch nicht gezahlten, nach Grund und Höhe aber rechtskräftig festgestellten oder anerkannten Ausgleichsbetrag zu. Es gilt auch dann, wenn der Ausgleichsanspruch dem Grunde nach bereits festgestellt ist; allerdings ist in diesen Fällen die Höhe dann unter Berücksichtigung der tatsächlichen Zeitdauer zu bestimmen, in der der Geschädigte den Beschränkungen und Beeinträchtigungen ausgesetzt war. In dieser Weise sollte auch verfahren werden, wenn wegen des Ausgleichsanspruchs im Zeitpunkt des Todes des Geschädigten ein Verfahren bei Gericht anhängig war.

Beschränkung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und Beeinträchtigung des Wohlbefindens

§ 338 Abs. 3 ZGB nennt als Kriterium für die Zuerkennung eines Anspruchs auf Ausgleichszahlung an erster Stelle die auf dem Gesundheitsschaden beruhende Beschränkung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Diese Teilnahme bezieht sich auf das gesellschaftliche Leben im umfassenden Sinne, insbesondere auf die Wahrnehmung politisch-gesellschaftlicher, kultureller, sportlicher, volkskünstlerischer und anderer Interessen durch Besuch von Veranstaltungen, Mitarbeit in Zirkeln u. ä. Dabei sind die Lebensgewohnheiten des Geschädigten mit zu beachten. Eine eingeschränkte Teilnahme im Sinne des Gesetzes liegt dabei regelmäßig erst dann vor, wenn der Geschädigte von dieser Einschränkung über eine gewisse Zeit — etwa mehrere Wochen und länger — betroffen ist. Dagegen ist es nicht erforderlich, daß die Beeinträchtigung mit mehr oder weniger starken Schmerzen verbunden ist. Ein Ausgleichsbetrag ist demnach z. B. auch bei einer schmerzarmen, aber langwierigen Heilung der zugefügten Verletzung zu zahlen und auch beim Verlust des Gehörs.

Die Beeinträchtigung des Wohlbefindens des Geschädigten durch den Gesundheitsschaden — das weitere Kriterium, das einen Anspruch auf Ausgleichszahlung rechtfertigt, — muß, wie das Gesetz ausdrücklich verlangt, erheblich sein oder längere Zeit anhalten. Darunter sind vor allem starke Schmerzen zu verstehen, aber auch weniger starke, wenn sie mehrere Wochen andauern. Hierzu zählen weiter erhebliche Schockwirkungen, Entstellungen, der Verlust oder die Beeinträchtigung von Gliedmaßen und Sinnesorganen sowie nachhaltige seelische Belastungen. Typische Fälle der für eine längere Zeit oder ständig bestehenden Beeinträchtigung des Wohlbefindens sind immer wiederkehrende Kopfschmerzen, andauernde Angstgefühle, gestörte Ernährungsfunktionen, z. B. auch der Verlust des Geschmacksinns.

Eine nur unbedeutende Beeinträchtigung des Wohlbefindens ist dagegen unerheblich. Prellungen, Verstauchungen, Schwellungen, Hämatome, schnell verheilende Wunden ohne starke Schmerzen u. ä. lösen daher im allgemeinen keinen Ausgleichsanspruch aus.

Auch Gesundheitsschäden, die keine Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben, rechtfertigen in der Regel keine

Ausgleichszahlung. Ausnahmen können allerdings z. B. darin begründet sein, daß eine schwere Entstellung vorliegt, bei der der Geschädigte zwar arbeitsfähig, in seiner gesellschaftlichen Betätigung jedoch eingeschränkt ist.

Das Vorliegen eines der beiden in § 338 Abs. 3 ZGB genannten Kriterien begründet schon die Pflicht zur Ausgleichszahlung. Schwere Gesundheitsschäden führen jedoch meist sowohl zur Beschränkung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben als auch zur Beeinträchtigung des Wohlbefindens des Geschädigten. Treten beide Folgen ein, dann hat das vor allem auf die Höhe des Ausgleichsbetrags Einfluß.

Im Zusammenhang mit strafrechtlich relevanten Handlungen rechtfertigen in erster Linie solche körperlichen Schädigungen eine Ausgleichszahlung, wie sie mit § 116 Abs. 1 StGB erfaßt sind, also z. B. eine nachhaltige Störung der Bewegungsfähigkeit durch eine langwierige Beinverletzung, eine lebensgefährliche Schädelverletzung oder ein Unterkieferbruch mit einer erheblichen Einschränkung der Kaufunktion für mehrere Wochen sowie Verletzungen, die zu einer erheblichen Entstellung führten (z. B. große Stichnarben im Gesicht oder Verlust mehrerer Frontzähne mit Deformierung der Gesichtspartie).

Der Kreis der Gesundheitsschäden, für die nach § 338 Abs. 3 ZGB ein Ausgleichsbetrag zu zahlen ist, ist jedoch nicht auf die Merkmale einer schweren Körperverletzung (§ 116 Abs. 1 StGB) beschränkt. Erhebliche Schädigungen können auch entstehen beim Rowdytum durch Gewalttätigkeiten gegen Personen (§ 215 Abs. 1 StGB), bei der Vergewaltigung (§ 121 StGB) und bei der vorsätzlichen Körperverletzung nach § 115 Abs. 1 StGB.

Zur Höhe des Ausgleichsbetrags

Da das Gesetz für einen Anspruch auf Ausgleichszahlung eine bestimmte Schwere bzw. eine bestimmte Dauer der auf dem Gesundheitsschaden beruhenden Beeinträchtigung verlangt, können nur erhebliche oder längere Zeit wirkende Störungen den Anspruch auslösen. Daraus folgt, daß dann, wenn der Anspruch begründet ist, Beträge unter 200 M im allgemeinen nicht gerechtfertigt sind.

Im konkreten Fall muß die Höhe des Ausgleichsbetrags auf der Grundlage der tatsächlichen Auswirkungen des Gesundheitsschadens unter Beachtung aller wesentlichen Umstände festgesetzt werden; allgemeingültige Richtsätze können dazu nicht vorgegeben werden. In der Regel muß gelten, daß die Ausgleichszahlungen um so höher sein müssen, je länger und umfangreicher die Beschränkungen der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und je schwerer und andauernder die Störungen des Wohlbefindens sind und je länger beide Voraussetzungen zusammen vorliegen.

Ist ein Dauerschaden eingetreten oder sind mit Sicherheit Spätfolgen zu erwarten, dann ist das bei der Bemessung des Ausgleichsbetrags ebenso zu berücksichtigen wie — neben weiteren Umständen — insbesondere auch das Alter des Geschädigten, sofern eine dauernde Beeinträchtigung vorliegt. Die mit der Schädigung verbundenen Nachteile können u. U. mehr oder weniger große Bedeutung für die Gestaltung des Lebensinhalts der Geschädigten haben und müssen von ihnen verschieden lang hingenommen werden. Sie können z. B. für einen jungen Menschen bedeuten, daß er keine oder keine volle Schul- und Berufsausbildung erhalten kann. Es ist daher regelmäßig ein um so höherer Ausgleich gerechtfertigt, je jünger der Geschädigte ist. Sind die durch den Gesundheitsschaden eingetretenen Beeinträchtigungen geschlechtsbezogen, dann ist auch dies